№ 47. — Freitag — den 23. Februar — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.— Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt

Deutschland. Frankfurt (Verfass.-Ausschuß). Aus Oesterreich (Das „C. Blatt a. B. über die österr. Note). Wien (Die neuen Kassenanweisungen. Der Belagerungszustand. Kriegsrechtliches Urtheil. Nachträgliches aus Kremsier in Betreff Kaim's. Die Minister in Wien eingetroffen. Vermischtes. Aus Ungarn). Prag (Adressen). Berlin (Vom Hof. Zündnadelgewehre. Kammerlocale. Das Finanzportefeuille dem Herrn v. Bonin zugedacht. Schreiben Bodelschwingh's. Die auswärtigen Angelegenheiten Preußens). Breslau (Ein revolutionäres Complott). Dresden (Verhandlungen der ersten Kammer. Das Cabinet und die Kammern. Erklärung der Regierung in Betreff eines Handels- und Zolltarifs. Proceß gegen die „Dresdener Zeitung"). Stuttgart (Die zweite Kammer über das Departement des Aeußern). Karlsruhe (Gesetz, betreffend Aufhebung der Beschränkung staatsbürgerlicher Rechte aus Rücksicht der Confession). Rastatt (Ein Putsch erwartet). Kassel (Ständeverhandlungen). Mainz (Das demokratische Banket). Flensburg (Der Verkehr mit Alsen beschränkt).

Italien. Mailand (Berichtigung. Stimmung). Turin (Die römischen Beauftragten fortgeschickt). Rom (Die Klostergüter in Erbpacht). Neapel (Beibehaltung des Ministeriums. Geheimes Consistorium in Gaeta).

Frankreich. Paris (Nationalversammlung: Interpellation wegen Italien).

Großbritannien. London (Bunsen zurück. Herabsetzung des Zinsfußes der Schatzbillets. Unglücksfall im Theater zu Glasgow).

Nachschrift.

Börsenberichte.

Deutschland.

RC **Frankfurt,** 22. Febr. In seiner heutigen Sitzung wird der Verfassungsausschuß mit der Revision der in erster Lesung angenommenen Verfassung fertig. Er wird alsdann nur noch die Bedenken der einzelnen Regierungen, so weit ihm dieselben mitgetheilt sein werden, zu berücksichtigen haben. Wie wir hören, so haben gestern und heute wiederholte Besprechungen einer großen Anzahl von Bevollmächtigten der Einzelregierungen bei Herrn Camphausen stattgefunden. Das Resultat derselben soll eine Einigung über eine Reihe nicht allzu erheblicher Bedenken gegen diesen und jenen Punkt der Verfassung gewesen sein. Schon morgen wird die Mittheilung dieser Bedenken an das Reichsministerium und sofort an die Nationalversammlung stattfinden.

* **Aus Oesterreich,** 16. Febr. Auch das „Constitutionelle Blatt aus Böhmen", bekanntlich das Organ der czechischen Partei, gibt, wie es bereits die übrigen bedeutenden Blätter Oesterreichs, als „Presse", „Lloyd", „Ostdeutsche Post" ꝛc. gethan haben, nun auch sein Votum über die österreichische Note ab und zwar in einem Schreiben aus Wien. In der Hauptsache stimmt dieses Votum mit jenen Stimmen überein, die sich über genannte Note in den angesehensten deutschen Blättern außerhalb Oesterreichs haben vernehmen lassen. Die Unumwundenheit, mit welcher dies einflußreiche Organ, dem man sein Wirken und Streben für eine österreichische Gesammtmonarchie von jeher zum Verdienst angerechnet hat, sich ausspricht, veranlaßt uns, die Hauptsätze dieses Votums den Lesern mitzutheilen. Da heißt es: „Wir sagen diesem Actenstück ein unglückliches Schicksal voraus. Mit Ausnahme weniger österreichischer Blätter, welche entweder als Organe des Ministeriums dazu existiren, um die Handlungen desselben zu vertheidigen, oder welche sich inmitten zwischen den streitenden Hauptnationalitäten auf einem so rein österreichischen Standpunkt zu erhalten wissen, daß sie sich weder der einen noch der andern Nationalität hinneigen, und überhaupt sicher sind, daß sie sich von keiner nationalen Anschauungsweise, geschweige denn Leidenschaftlichkeit überrumpeln lassen; außer diesen beiden Kategorien von Journalen, glauben wir, wird die österreichische Note in unserem Vaterlande nur auf Widersacher stoßen. Daß sie in Deutschland selbst allenthalben ungünstig aufgenommen wird, wagen wir jedenfalls zu behaupten, trotzdem, daß im Actenstück selbst die entgegengesetzte Hoffnung ausgesprochen wird. Die preußische Note, mit welcher das Potsdamer Cabinet gewissermaßen der Reichsregierung gegenüber die Initiative ergriff, ist bekannt, so wie die Beurtheilung, welche sie von den verschiedenartigsten Parteiungen erfuhr. Ihr folgt jetzt die österreichische, die lang erwartete, sehnlichst begehrte. Vom rein österreichischen Standpunkte aus haben wir gegen diese Erklärung nur das Eine einzuwenden, daß sie zu sehr diplomatisch ist. Wir hätten die oft wiederholte Frage von der wünschenswerthen Einigung und Kräftigung Deutschlands lieber vermißt. Die Note wäre dann in diplomatischer Kunstfertigkeit vielleicht weniger meisterhaft, aber desto offener und ehrlicher gewesen. So aber, mögen wir dieselbe drehen wie wir wollen, finden wir nichts anderes ausgesprochen, als daß Oesterreich eine Einigung (!) Deutschlands nur von jenem Gesichtspunkte und auch nach jenem Maßstabe aus wünscht, wie der Wiener Congreß bereits eines geschaffen hat. Sagen wir es grade heraus: Unser Cabinet wünscht dem jungen Deutschland höchstens eine Revision der Bundesacte, bei welcher sich allenfalls außer den Regierungen das Volk betheiligen solle, gleichgiltig, wie man diese Betheiligung dann moduliren will. Eine Kammer, zwei Kammern, ein Staatenhaus und ein Volkshaus oder nichts von allem dem, das thut hier weiter nicht viel zur Sache. Oesterreich erklärt zum Schlusse, „daß sich Se. Majestät und dessen Regierung gegen eine Unterordnung unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt verwahren müssen" und weiter oben: „Weit entfernt, sich auszuschließen, ist sie vielmehr bereit zur ernstlichen und aufrichtigen Mitwirkung, vorausgesetzt, daß es sich hier um Einigung, nicht um gänzliche Verschmelzung der bestehenden Verhältnisse handle, um Wahrung der verschiedenen lebenskräftigen organischen Glieder Deutschlands, nicht um dessen Aufhebung und Vernichtung." Die Ansichten über die Mittel und die Möglichkeit einer anzubahnenden Vereinigung sind daher bei unserer Regierung und dem Frankfurter Parlamente diametral entgegengesetzt. Dieses erblickt seit Monaten schon die Lösung der deutschen Frage in der Uebertragung der deutschen Kaiserwürde an eine der deutschen Großmächte, unser Cabinet will in einem solchen Schritte die Lösung Deutschlands erblicken und stellt seine Ansicht als maßgebend auf, ohne jedoch die Grundlage näher zu bezeichnen, auf welcher alle deutschen und die nichtdeutschen österreichischen Provinzen Platz finden sollen. Die offene Erklärung ist unserer Ansicht nach mehr eine Verwerfung des Beschlossenen, als eine Erklärung über das zu Geschehende. Berücksichtigen wir ferner den Ton, in welchem dieses Actenstück, Preußen gegenüber, gehalten ist, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn alle deutschen außerösterreichischen und die meisten unserer vaterländischen Journale von der neuen russisch-österreichischen Coalition Vieles zu erklären wissen werden. In der That muß die Sprache auffallen, welche dem Potsdamer Cabinete gegenüber geführt wird, und welche, wie die „Ostdeutsche Post" richtig bemerkt, mehr den Charakter der Beantwortung auf die preußische, als auf die deutsche Circularnote in sich trägt. Mag man noch so fest auf die Macht und die großen Hilfsquellen unseres Vaterlandes vertrauen, seine eifrigsten Patrioten können es sich doch nimmermehr verhehlen, daß die Zerklüftung im Innern zu weit gediehen ist, als daß wir auch nur auf den Anfangsproceß einer Vernarbung jetzt schon bauen können. Unsere Heere sind im Innern zu schmerzlich beschäftigt, als daß wir in Wort und That ohne Weiteres gegen Preußen und Deutschland Fronte machen können, wenn wir nicht, was Gott verhüte — dem russischen Helfer die Besorgung und Regelung unseres Hauswesens überlassen wollten. Ein solcher Verdacht — wir sind es fest überzeugt — wird sich in Deutschland in allerkürzester Zeit Platz machen, und nicht sowohl die letzten Gerüchte aus Siebenbürgen, als vielmehr die bis jetzt noch unerklärte Ueberfüllung der Donaufürstenthümer mit russischen Truppenmassen, machen einen solchen Argwohn erklärlich, ja verzeihlich. Wenn die Deutschen über die Handlungsweise des Ministeriums klagen werden, so darf das Cabinet erwarten, ein Gleiches von den Slaven zu hören. Schon die hingeworfenen Phrasen von Einheit und Einigung wird diese in Harnisch bringen. Findet das ungarische Schreiben des Grafen Almassy von Agram bis Prag schon so viel lärmendes Zetergeschrei, so viel Anklage, und dient es als Verdächtigungssubstrat gegen die Regierung, so wird das hier besprochene Actenstück den Slaven ebenso wenig genehm sein. Ohne uns in eine Kritik über den politischen Werth oder Unwerth der Note einzulassen, wollten wir in dem Gesagten bloß darthun, daß sie wenig Vertheidiger, aber desto mehr Gegner finden dürfte."

T **Wien,** 18. Febr. Die Finanzoperation der Kassenanweisungen nimmt einen guten Fortgang. Diese neuen Papiere finden lebhaften Abgang, besonders die auf kleinere Summen lautenden; die kleinsten pr. 10 fl. C.-M. gehen am lebhaftesten. Gestern allein sollen auf hiesigem Platze im Ganzen für 600,000 fl. C.-M. verwerthet worden sein. Es scheint, als würden die kleinen Ersparnisse der arbeitenden Klasse häufig zum Ankauf dieser Anweisungen verwendet, statt in die Sparkassen zu kommen. Die Betheiligung aller Schichten der Gesellschaft an dieser Finanzoperation kann sie nur vortheilhafter und sicherer machen. Uebrigens ist es im Handel und besonders in den Gewerben ziemlich stille; die übertriebene Strenge des Belagerungszustandes erregt bei dem furchtsamen Theil der Wiener Bevölkerung und in den Provinzen so wie im „Auslande", wo das Gerücht stets alles vergrößert, ungegründete Besorgnisse, weßhalb denn auch noch immer viele Wiener abwesend sind und kein rechtes Vertrauen zurückkehren will. Man trägt sich hier übrigens mit der Hoffnung und dem Gerücht, der Belagerungszustand der Hauptstadt werde am 15. März, als dem Jahrestage der Wiener Erhebung, aufgehoben und zugleich eine Amnestie erlassen werden. Daß man grade den genannten Tag wählte zu solchen Acten, die man natürlich froh willkommen heißen würde, scheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen denn doch mehr als zweifelhaft.

Die Nachricht vom Selbstmorde des Commandanten des nun in die Hände der Kaiserlichen übergegangenen Essegg, Grafen Kasimir Batthiany, war geflissentlich, obwohl fälschlich ausgestreut, um von der Spur des Fliehenden abzuleiten. — General Götz hat Leutschau besetzt. — Südslavische Zeitungen melden den Einmarsch von 10,000 Russen und zwar aus directer Quelle. — Das raizische Nationalcomite hat seinen Sitz von Carlowitz nach Becskerek verlegt. — Der Patriarch ist mit Stratimirovich ausgesöhnt. (L. Z.)

Die „Wiener Zeitung" verkündet abermals ein kriegsrechtliches Urtheil. Gegen den Handlungscommis in Floridsdorf Franz Pfeifferer aus Ungarn ist achtmonatlicher Stockhausarrest in Eisen erkannt worden, weil man in seiner Wohnung bei einer angestellten Haussuchung ein Percussionsgewehr und einiges Schießpulver vorgefunden hat.

† **Wien,** 18. Febr. Zur Ergängung des gestrigen Reichstagsberichtes wird aus Kremsier unterm 17. d. M. noch Nachstehendes geschrieben: Gestern, am 16. d. M., wurde eine der wichtigsten parlamentarischen Schlachten hier ausgefochten. Die geheime Sitzung dauerte mit kurzer Unterbrechung von 10 Uhr früh bis 9 Uhr Abds. Es galt die Untersuchung wegen des Abg. Kaim über seine im Rausche gegen eine hohe Person ausgesprochenen Schmähungen. Die Kammer entschied mit einer Mehrheit von 28 Stimmen, daß die Voruntersuchung nur hier in Kremsier stattfinden und die Suspendirung dieses Deputirten nicht nach sich ziehen dürfe. Schuselka, Wieser und Goldmark hatten die ausgezeichnetsten Reden gehalten. Die Czechen sind über dieses Resultat sehr ungehalten, und man spricht von einem Ausscheiden in Masse. Die Linke hat nicht nur einen Sieg erfochten, sondern auch die sehr bedrohte Sicherheit mehrer ihrer einflußreichen Mitglieder gewahrt. Diese haben sich jedoch so gestellt, daß man ihnen nicht imputiren darf, pro domo gesprochen zu haben. — Sämmtliche Minister so wie mehrere Abgeordnete sind gestern von Kremsier angekommen und dürften hier einige Tage verweilen. — Eine Deputation achtbarer Bürger, an deren Spitze der Vicebürgermeister Bergmüller, hat gestern dem Gouverneur Welden eine Ergebenheitsadresse überreicht. Er antwortete dankend, und sagte unter anderm: „Die radicalen Blätter haben zwar den geringen Werth aller Ergebenheits- und Beifallsadressen deducirt, weil man ja gar wohl wisse, wie derlei nur auf Geheiß und durch einige Wohldiener zu Stande gebracht würden. Uebrigens mache er hier eine Ausnahme. — Der Bau der vier Forts um Wien, am Laerberge, im Prater, auf der Schmelz und vor der St. Marxer Linie, soll jetzt in Angriff genommen werden. Das erstere, welches als das stärkste bezeichnet wird, soll nicht weniger als 8000 Mann fassen. — Die zwei neuen über den Donaucanal beantragten Fahrbrücken sollen am Ausflusse des Wiener Flusses und des Alserbaches gebaut werden. Die erstere wird das Aerar bauen, die letztere einer Privatgesellschaft zur Herstellung überlassen werden. — Die neue, vom Kaiser bereits sanctionirte, sehr geschmackvolle Adjustirung der Armee, durch welche unter andern die sehr zweckmäßigen Waffenröcke eingeführt werden, wird mit 1. August in's Leben treten. — Aus Anlaß der Octoberereignisse dürfte Wien einen sehr interessanten Proceß erleben. Die am Donaucanale und in der Franzensgasse am meisten beschädigten Fabrik- und Hausinhaber sind beim hiesigen Gemeinderath um vollen Schadenersatz eingeschritten, nachdem sie sich mit den renomirtesten Rechtsverständigen über die Möglichkeit der Durchsetzung ihrer Ansprüche berathen hatten. Der Gemeinderath hat seine Verpflichtung zu diesem Ersatze nicht anerkannt, sondern beschlossen, den Antrag wegen dieser Entschädigung bei jenen Behörden zu stellen, welche hierzu verpflichtet sind. Die Entschädigungssumme dürfte nahe an 3 Mill. Gulden C.-M. betragen. — In Pest will man wissen, daß die Universität nach Tyrnau und die Dikasterien nach Preßburg verlegt werden sollen.

Prag, 17. Febr. Unsere Studentenschaft hat eine Dankadresse an den Abg. Schuselka für seine thätige Verwendung in der Rekrutirungsangelegenheit beschlossen. Zugleich wurde der Beschluß gefaßt, auch eine Vertrauensadresse an den Reichstag abgehen zu lassen. Endlich wurde auch noch vom Studentenausschusse beschlossen, eine „öffentliche Erklärung" über das Verhalten des akademischen Senats gegen die Studenten in letzterer Zeit abzugeben.

† **Berlin,** 20. Febr. Die überstandene Unpäßlichkeit des Königs hatte zu dem Gerüchte Anlaß gegeben, als wolle der Hof Charlottenburg mit Nächstem verlassen, um sich nach Potsdam zu begeben. Wie wenig Glauben dasselbe verdient, zeigen mehr als hinlänglich alle zu einem fernern Aufenthalte in Charlottenburg getroffenen Dispositionen. Da diese bis zur Festfeier des Charfreitags reichen, so wird

der König erst zwischen diesem Tage und Ostern nach der Sommerresidenz zurückgehen. — So weit auch die Zeughausplünderung hinter uns liegt, so kommen zuweilen doch Dinge vor, die an jenes Abenteuer erinnern. Bekanntlich befanden sich unter den gestohlenen Gegenständen sehr viele unserer Zündnadelgewehre. Bei der jüngsten Aufnahme der Waffenbestände des Zeughauses ergab sich, daß 30 Stück davon nicht wieder abgeliefert sind. Viele derselben mögen in Händen von Menschen sein, die sie als Curiositäten aufbewahren; von einigen weiß man bestimmt, wohin sie Tags zuvor abgegangen sind. Viel werden sie der Hand, die sie hat, aber nicht nützen; denn diese allerdings furchtbare Waffe ist nur dem von Nutzen, der ihre Einrichtung genau kennt und, worauf es ankommt, die Behandlung der Schußmittel versteht. Von allen Unterrichteten wird daher fest behauptet, daß die Entwendung der Zündnadelgewehre keine Enthüllung des Geheimnisses und dieses nach wie vor Eigenthum Preußens sei. — Ueber den Bau der Kammerlocale, den der Baurath Bürde leitet, erfahren wir, daß derselbe eingetretener Hindernisse wegen zwar nicht am 26. Febr., jedoch einige Tage später vollendet werden wird. Da die gemeinschaftliche Eröffnung der Kammern überdies an besagtem Tage im weißen Saale des königlichen Schlosses geschehen muß, so bleibt der Verlust an Zeit gering; dieser läßt sich aber selbst durch Benutzung von Räumlichkeiten ausgleichen, wozu das Schloß hinreichende Gelegenheit für die wenigen Tage bietet. Am 1. März wird der Bau fertig sein. — Gestern ist im Cabinetsrath die Uebertragung der Verwaltung des Finanzministeriums, die bisher provisorisch in den Händen des Generalsteuerdirectors Kühne lag, an den ehemaligen Chef desselben während des Ministeriums Pfuel, den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, v. Bonin, zu Magdeburg beschlossen worden. Die Vertretung dieses Staatsamtes vor den Volksvertretern ist unerläßlich. Auch ist man schon damit beschäftigt, die Dienstwohnung des Finanzministers in wohnlichen Zustand zu bringen, die seit Bonin's Abgange, im Anfange Novembers, von hier leer und verschlossen war.

* **Berlin**, 20. Febr. Dem Vernehmen nach, schreibt die Constit. Corresp., sind die in die zweite Kammer gewählten Mitglieder des Steuerverweigerungsparlaments entschlossen, der Eröffnung der Kammern im weißen Saale des königlichen Schlosses nicht beizuwohnen.

Der Minister v. Bodelschwingh hat ein Schreiben an die Mehrzahl der Wahlmänner für die zweite Kammer des Soester Wahlbezirks erlassen, in welchem er ihnen die Annahme der Wahl zur zweiten Kammer anzeigt. Es heißt in demselben unter anderm: Auch über mein preußisches Vaterland hinaus wendet sich mein Blick zu dem großen deutschen Vaterlande. Ich stimme freudig ein in Vater Arndt's Worte: „O nein, o nein! Mein Vaterland muß größer sein.“ Aus voller Ueberzeugung werde ich für jede Maßregel stimmen, welche, sei sie auch mit Opfern verknüpft, alle deutschen Bruderstämme innigst verbindet, welche geeignet ist, durch Deutschlands festgeschlungene Einigkeit Deutschlands Größe zu schaffen. Nicht daß Preußen in Deutschland untergehen solle, sondern damit ein starkes Preußen, innigst mit den übrigen deutschen Stämmen verbunden, ein einiges, starkes Deutschland schaffen helfe!

Die auswärtigen Angelegenheiten Preußens, schreibt man der „Lpz. Ztg.“, haben sich in der neuesten Zeit in ziemlich bedenklicher Weise gestaltet. Preußen steht jetzt ziemlich ebenso vereinzelt wie etwa im Beginn des siebenjährigen Krieges, und es ist nicht unmöglich, daß es wie damals einer ungewöhnlichen Anstrengung aller seiner Kräfte bedarf, um aus dieser Verwickelung siegreich hervorzugehen. Daß Preußen gegenwärtig mit Oesterreich nicht in „herzlichem Einverständniß“ lebt, ist bekannt; weniger bekannt ist, daß Frankreich und Rußland in diesem Zwiste ganz entschieden die Partei Oesterreichs ergriffen haben, und daß namentlich zwischen dem russischen und dem preußischen Cabinet schon seit längerer Zeit ein sehr gereizter Ton herrscht. Ob das Bündniß zwischen Oesterreich, Rußland und Bayern, von dem man in diesen Tagen sprach, wirklich existirt, weiß ich nicht; jedenfalls aber vereinen diese Regierungen ihre Bestrebungen in der Richtung, welche man jenem Bündniß anwies, und Frankreich steht ihnen darin nach Kräften bei. Denn Frankreich ist der projectirten deutschen Einheit eben so entschieden feindselig gesinnt als irgend eine andere Macht. England verhält sich hierbei ungemein zurückhaltend und vermeidet sorgfältig, irgend eine Partei zu ergreifen. Möglich ist es allerdings, daß Preußen im Nothfalle einen Verbündeten fände, aber auch das Gegentheil ist ebenso möglich. — Hier in Berlin werden in der nächsten Zeit, wie es scheint, die demokratischen Bankete an der Tagesordnung sein. Da der Polizeipräsident den Grundsatz aufgestellt hat, daß ein solches Banket nicht mehr als 180 Theilnehmer zählen dürfe, so hat man zwar das größere auf den 22. d. M. angesetzte verschoben, hat aber zugleich angefangen, in den einzelnen Bezirken kleinere Zusammenkünfte dieser Art anzustellen, und man versichert, daß ihnen in der nächsten Zeit viele ähnliche folgen werden.

Breslau, 18. Febr. Von hier wird der „Leipz. Ztg.“ geschrieben: So eben erhalte ich folgende Mittheilung: In etwa vier Wochen wird gleichzeitig in Polen, Galizien, Croatien, Italien und in mehreren Gegenden Deutschlands, namentlich in Thüringen, in der Gegend von Frankfurt a. M. und im Großherzogthum Baden ein Aufstand ausbrechen, und zugleich werden die Ungarn, welche bis dahin sich ziemlich still verhalten werden, zur Offensive übergehen und aus der Schweiz und Frankreich werden Freischaaren in Deutschland einbrechen. Alles dies wird in Folge eines seit längerer Zeit gehegten Planes geschehen, welcher mit Hilfe sehr bedeutender Geldmittel zur Ausführung gebracht werden soll. Die dazu nöthigen Summen sind theils aus Polen, theils aus Frankreich bereits nach den verschiedenen Schauplätzen des künftigen Aufstandes abgesendet worden. Diese gesammte Unternehmung wird von einem Comite geleitet, welches in Berlin seinen Sitz hat, aber dennoch fast nur aus Fremden, aus Polen, Franzosen, Italienern besteht. Die Berliner Demokratie ist diesem Unternehmen noch ziemlich fremd, ein Theil derselben mißbilligt den ganzen Plan und möchte jene Schilderhebung gern um einige Monate verschoben sehen. Andere hoffen, daß die preußische Regierung in Folge jener Aufstände einen Theil der jetzt in Berlin stehenden Truppen nach andern Orten versetzen werde, und nur in diesem Falle würde man auch in Berlin einen Aufstand versuchen. Obgleich diese Mittheilungen mir natürlich nicht in urkundlicher Form zugekommen sind, so stimmen sie doch mit einzelnen Nachrichten, welche die Zeitungen aus verschiedenen Gegenden bereits gebracht haben, als auch mit denen, welche hiesigen Behörden sowohl als auch Privatleuten zugegangen sind, so gut überein, daß man wohl Ursache hat, dieselben für begründet zu halten. Hier in Schlesien ist Alles ruhig; der Gegensatz zwischen der Aufregung, welche noch im Herbst hier herrschte, und der Ruhe, welche jetzt an deren Stelle getreten, ist im höchsten Grade merkwürdig und auffallend. Selbst in den Kreisen, welche soeben noch demokratische Abgeordnete gewählt haben und in denen vor fünf oder sechs Monaten nicht nur die Schlösser der Gutsherren, sondern auch die Höfe der wohlhabenderen Bauern in der äußersten Gefahr zu stehen schienen, sämmtlich eingeäschert zu werden, zeigt sich eine an Abspannung, ja Lähmung grenzende Ruhe. Auf Schlesien also dürfen die Urheber des oben berichteten Planes sicher nicht rechnen, obgleich die Noth der Handarbeiter und Taglöhner in einzelnen Districten wieder anfängt sehr drückend zu werden. Nur eine Klasse unserer Bevölkerung ist jetzt mehr als je aufgeregt, nämlich die gerade hier allerdings sehr zahlreichen Patrimonialrichter. Diese berathen sich so eben sehr emsig und mit vieler Leidenschaft über gemeinschaftliche Maßregeln gegen die vielen ihnen in Folge der Zeitverhältnisse drohenden Unannehmlichkeiten.

0 **Dresden**, 19. Febr. Unter den Gegenständen der Registrande der heutigen Sitzung der ersten Kammer befinden sich wiederum mehrere Petitionen um unbedingte Anerkennung und unverweilte Einführung der Grundrechte, sowie Zustimmungsadressen zu den Verhandlungen hinsichtlich der Oberhauptsfrage, endlich ein königliches Decret, welches den Kammern das Recht der Initiative zu Gesetzvorschlägen zuerkennt. Die Kammer hat die Berathung über Ablösung der Pfarr- und Schulzehnten fortgesetzt und erledigt und ist sodann den neulich in der zweiten Kammer rücksichtlich der Tödtung Robert Blum's und der Abberufung des sächsischen Gesandten v. Könneritz gefaßten Beschlüssen ohne Discussion mit allen gegen zwei Stimmen beigetreten. — Was unsere Ministerkrisis betrifft, so ist sie, trotzdem daß vor der Hand Alles wieder ins Gleiche gebracht scheint, noch nicht vorüber, und die Angelegenheit der Einführung der Grundrechte, deren unbedingte Annahme die zweite Kammer bereits beschlossen, kann leicht eine Cabinetsfrage heraufbeschwören. Im Hintergrunde steht auch noch die Vetofrage. Aus guter Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß die Minister die Auflösung der Kammern als zweckdienlich erkannt und daß dieselbe auch auf gewisse Fälle hin beschlossen worden wäre, wenn nicht Minister Oberländer Widerspruch erhoben hätte.

00 **Dresden**, 20. Febr. In der Registrande der heutigen Sitzung zweiter Kammer kam unter andern eine Petition des Vaterlandsvereins zu Leipzig zum Vorschein, welche um Abfassung und Verbreitung einer Druckschrift bittet, in welcher das Militär über deutsche Verhältnisse und über die Bedeutung des auf die Verfassung geleisteten Eides belehrt werde; deßgleichen eine andere Petition, welche das Metall des grünen Gewölbes (Kunstschätze!) flüssig gemacht wissen will!! — Staatsminister Georgi antwortet auf Rewitzers Interpellation: Welchem Grundsatze huldigt die Regierung in Bezug auf Freihandel oder Zollsystem und in welcher Weise ist der Bevollmächtigte in Frankfurt instruirt? folgender Gestalt: Die Regierung habe den Wunsch gehegt, daß das Einigungswerk Deutschlands auch den materiellen Interessen Deutschlands zu Gute kommen möge theils durch Erweiterung des Zollgebiets, theils durch Reform des Zolltarifs. In Oesterreich habe man daher Vorbereitungen gehofft, in den norddeutschen Staaten baldigsten Anschluß. Namentlich sei Befreiung der Wasserstraßen von drückenden Zöllen, welche besonders auf der Elbe lasten, freier Verkehr im Innern Deutschlands erforderlich. Doch es scheine von Frankfurt auch hierin nicht viel Heil erwartet werden zu dürfen. — Für Freihandel könne die Regierung nicht stimmen, weil die noch junge Industrie Deutschlands der Concurrenz des Auslandes noch nicht gewachsen und diese früher ebenfalls durch Schutz gestärkt worden sei. Die Regierung wünsche genügenden, aber mäßigen Zollschutz; denn sie wolle die Kraft der deutschen Industrie nicht so niedrig anschlagen. Die sächsische Regierung habe freilich neben der Verpflichtung für die Arbeit, auch eine Verpflichtung gegen Leipzigs Handel, der Deutschland und Sachsen zu Gute komme. Wiewohl man auf das Schutzsystem, dessen sich der Leipziger Handel erfreue, scheel sehe, werde sich doch die Regierung nicht beirren lassen. Sie sei schon längst bereit, der Kammer ein Decret über die Zölle vorzulegen, habe aber bis jetzt nur auf deßfallsige Gesetze von Frankfurt gewartet, doch vergeblich. Sie habe einen Tarif nach Frankfurt gesendet, der freilich ganz anders laute, als der von dorther zur Oeffentlichkeit gelangte. In der angedeuteten Weise seien auch die Regierungsbevollmächtigten in Frankfurt instruirt. Der Antrag Jäkels, daß den Abgeordneten Portofreiheit für Briefe und Paquete gewährt werde, gelangte zur Berathung. Der Finanzminister Georgi wünschte die Annahme des Antrages nicht. Nach langer Debatte erhob ihn jedoch die Kammer mit 34 gegen 32 Stimmen zum Beschluß. Daß sich diese Portofreiheit auch auf die von den Abgeordneten „abgesendeten“ Briefe ꝛc. beziehen solle, wurde von 37 Stimmen abgeworfen. Nach einem Unterantrag sind die „Dresdener“ Abgeordneten von dieser Wohlthat ausgeschlossen. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung betraf die Giltigkeit des Erläuterungsrecesses mit dem Hause Schönburg vom 9. October 1835. Die Finanzdeputation will die in dem Recesse begründeten Forderungen an die Staatskasse nicht eher anerkennen, bis nochmals die Verfassungsmäßigkeit des Recesses selbst, die sie anzuzweifeln scheint, von der zweiten Deputation nachgewiesen ist.

Die „Dresdner Zeitung“ berichtet unterm 19. Februar, daß die Redacteure derselben auf das Criminalamt citirt worden seien; der Staatsanwalt habe Klage erhoben über die in derselben enthaltenen Aufsätze über die Ausweisung des Russen Bakunin. Als Verfasser gab sich der Mitredacteur L. Wittig an.

⊙ **Stuttgart**, 20. Febr. Bei der Berathung des Etats für das Departement der auswärtigen Angelegenheiten gelangte die zweite Kammer heute an die Nebenkosten der Gesandtschaften, welche sie im Betrag von 4000 fl. genehmigt, wogegen sie die Summe von geforderten 2850 fl. für besondere Sendungskosten mit 34 gegen 33 Stimmen ablehnte. Unter dieser Rubrik laufen in der vorigen Periode auch die Kosten einer Reise des Grafen v. Beroldingen zu dem Fürsten v. Metternich nach dem Johannisberg, und es führte einen heitern Zwischenfall in der Kammer herbei, als auf die Frage nach dem Zwecke dieser Reise vom Ministertisch die Antwort wurde: um die Beseitigung der Censur einzuleiten. Die Besoldung des diesseitigen provisorischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ist um vieles niedriger gestellt, als die von Baden, Kurhessen, Oldenburg u. s. w. Als Einzahlung in die Bundeskanzlei und Matricularkasse und Beitrag zur laufenden Dotation der Bundesfestungen Mainz und Luxemburg werden 10,000 fl. genehmigt; an diese Exigenz reihen sich die Kosten der Reichsversammlung, wovon die Diäten für die Reichsversammlung bereits auf dem Staatsreservefonds sind, ferner der in Folge der Ausstattung der Reichsgewalt entstehende Aufwand, die Besoldungen des Reichsministeriums, der Unterstaatssecretäre und Kanzleibeamten, der Reichsgesandtschaften, der Reichsconsuln. Da es zu einer Exigenz zur Zeit einen Maßstab noch nicht gibt, so wird für alle diese Ausgaben inzwischen der allgemeine Reservefonds einzutreten haben. Als außerordentlicher vorübergehender Aufwand zu Erfüllung der Bundespflicht wird als Betrag des von Württemberg zu übernehmenden Antheils an den Kosten für die Befestigung der Plätze Ulm und Rastadt als Bundesfestungen die Summe von 83,841 fl. für 1848 — 49 berechnet. Bekanntlich wurden von der durch die französische Regierung entrichteten Kriegssteuer 60 Millionen Fr. dem Vertheidigungssysteme Deutschlands gewidmet, wovon 40 Mill. von Preußen und Bayern zur Grenzbefestigung, und 5 Mill. für Mainz verwendet wurden. Zu dem durch Beschluß der Bundesversammlung vom 26. März 1841 ausgesprochenen Bau der Festungen Ulm und Rastadt sollten die vorhandenen 20 Mill. Fr. verwendet und bei der einleuchtenden Unzulänglichkeit derselben das weitere Bedürfniß durch Matricularumlagen herbeigeschafft werden. Nach den Voranschlägen sind die Kosten der Befestigung von Ulm mit Einschluß des Grunderwerbs und der Artillerieausrüstung zu $17\frac{1}{2}$ Million, die von Rastadt zu 10 Mill. fl. als nicht zu überschreitender Gesammtkostenbetrag berechnet. Es waren, da den Zinsen aus den französischen Geldern eine andere Bestimmung gegeben worden war, noch durch Matricularbeiträge zu decken 18,123,183 fl., und daraus wurden vom Jahre 1843 an die Kosten des Baues der beiden Bundesfestungen bestritten. Im Laufe des Jahres 1846 waren die französischen Gelder bereits erschöpft. Da die für Ulm bis 1852 festgesetzte Vollendung der Bauzeit verkürzt worden ist, so mußten im letzten Etatsjahre 2 Zahlungen erfolgen; es hat nun Württemberg von den festgesetzten zehn Jahresraten die achte zu entrichten, und die Staatskasse hat im Laufe von etwa acht Jahren einen außerordentlichen Aufwand von etwa 1 Million Gulden zu dem angegebenen Zwecke gemacht. Als ein weiterer außerordentlicher, vorübergehender Aufwand zur Erfüllung der Bundespflicht erscheint für das laufende Jahr der Matricularbeitrag Württembergs zur ersten Begründung der deutschen Marine mit 230,482 fl., welche Summe nach dem neuesten Ansinnen der Centralgewalt sich verdoppelt. Die Kammer gab sich hierbei der Hoffnung hin, daß auch die Matricularbeiträge der übrigen Einzelstaaten Deutschlands, besonders derjenigen, die sich nicht in der Zollvereinigung befinden, auf eine gleich sichere Weise, wie von den Zollvereinsstaaten, die ein vorhandenes bestimmtes Guthaben der Reichskasse zur unmittelbaren Erhebung anwiesen, in letztere fließen werden. Geh.-Legationsrath v. Wächter gab den Aufschluß, daß bis zum 26. Januar nur Oesterreich seinen Beitrag verweigert; Bayern, Königreich Sachsen, Kurhessen, Luxemburg, Limburg und Liechtenstein aber, welche anfangs Einwendungen gemacht, ihre Beiträge zugesichert haben. Prielmaier wünscht bei der Einzahlung zur Flotte eine Compensation durch das Guthaben für Verwendung unserer Truppen zu Reichszwecken, wogegen Geh.-Legationsrath v. Wächter sagt, dies habe auch Bayern und Kurhessen bei der Centralgewalt verlangt, aber mit keinem Erfolg, und Staatsrath Römer bemerkt: wir werden wohl wenig herausbezahlt erhalten. Die Kammer aber trat dem Antrage Stockmeier's bei, die Regierung zu bitten, diejenigen liquiden Forderungen, welche wir für unsere Truppensendungen zu Reichszwecken zu machen haben, sobald als möglich abzugeben. Ueber der Flotte, sagt Adam, dürfe man die Bundesvertheidigung nicht vergessen; Ulm und Rastadt decke uns lange noch nicht, der Schwarzwald und die südwestliche Ecke bei Stockach müsse befestigt werden. Nach der Versicherung vom Ministertisch aus, daß die Regierung diesen dringenden Gegenstand nachdrücklich des öftern bevorwortet habe, wird einmüthig beschlossen, den Antrag Adam's in einer besondern Petition an die Regierung zu bringen, damit diese fortwährend jede Gelegenheit ergreife, um den Schutz des Landes durch Vollendung der Grenzbefestigung nach allen Kräften zu fördern.

* **Karlsruhe**, 21. Febr. Das neue „Regierungsblatt“ verkündigt das Gesetz über die Aufhebung der Beschränkung staatsbürgerlicher Rechte aus Rücksichten der Confession, welches in vier Artikeln also lautet:

Art. 1. Der Absatz 1 des § 9 der Verfassungsurkunde erhält folgende Fassung: „Alle Staatsbürger ohne Unterschied der Religion haben zu allen Civil- und Militärstellen und Kirchenämtern ihrer Con-

fession gleiche Ansprüche." Art 2. Der § 19 der Verfassungsurkunde erhält folgende Fassung: „Die politischen Rechte aller Religionstheile sind gleich." Art. 3. Die Ziffer 1 des § 37 der Verfassungsurkunde ist aufgehoben. Art. 4. Der § 69 der Verfassungsurkunde erhält folgende Fassung: „Ich schwöre Treue dem Großherzog, Gehorsam dem Gesetze, Beobachtung und Aufrechthaltung der Staatsverfassung, und in der Ständeversammlung nur des ganzen Landes allgemeines Wohl und Bestes, ohne Rücksicht auf besondere Stände oder Klassen, nach meiner innern Ueberzeugung zu berathen: so wahr mir Gott helfe!"

Rastatt, 18. Febr. So viel man nun fast mit Bestimmtheit vernimmt, soll ein Bataillon des Regiments Wellington, aller gegentheiligen Nachrichten ungeachtet, dennoch hierherkommen, indem die hiesige Besatzung im Falle eines wirklichen Putsches doch nicht ausreichen würde. Ein solcher Putsch wird nämlich immer noch erwartet, soviel aus den Weisungen, die sowohl von Frankfurt als auch von Karlsruhe gekommen sind, ersichtlich ist. Herumziehende, arbeitslose Arbeiter werden als Vorboten desselben betrachtet, und deren werden hier namentlich seit neuerer Zeit viele aus der Stadt gewiesen. In unserer Stadt selbst ist es ziemlich ruhig, außer einigen Katzenmusikgelüsten, welche aber der starken Militärpatrouillen wegen nicht zur Ausführung kommen können. Die Außerordentlich-Conscribirten sind seit dem 15. d. M. eingereiht und befinden sich hier namentlich die Gebildeteren aus dem Unterland. (M. J.)

* **Kassel**, 21. Febr. In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung brachte Herr v. Sybel die kirchlichen Verhältnisse in Kurhessen in einem selbstständigen Antrage zur Sprache; er führte aus, wie durch die Bestimmung der Grundrechte über die Kirche die Nothwendigkeit einer Kirchensynode für Kurhessen gegeben sei, und wie die Verzögerung derselben das Land in die Gefahr setze, der Agitation jener kirchlichen Partei zu verfallen, welche man seit dem März v. J. für die politische und sittliche Beziehung vernichtet wähnte, die aber in neuerer Zeit wieder in bedeutendem Maße sich geltend gemacht habe. Herr v. Sybel beantragte deßhalb: „Die Staatsregierung um baldigste Vorlage eines Gesetzes zu ersuchen, wodurch die kirchlichen Gebühren und Accidentalien gegen angemessene Entschädigung beseitigt werden, sowie der Regierung die Ansicht auszusprechen, daß die baldige Berufung einer Landessynode der evangelischen Kirche, sowohl im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt, als in Folge des Artikel V, § 17 der deutschen Grundrechte, Art. 4 des Einführungsgesetzes und § 135 der Verfassungsurkunde geboten sei." Dieser Antrag rief eine lebhafte Discussion hervor, an deren Schluß derselbe mit mehreren von Hrn. Henkel vorgeschlagenen Erweiterungen dem Verfassungsausschuß überwiesen wurde. Hr. Nebelthau berichtete für den Budget-Ausschuß über einen Gesetzentwurf, die Emission verzinslicher Staatsschuldscheine betreffend. Die Haupt-Staatskasse soll nach dem Entwurf ermächtigt werden, zur Beschaffung der für den Staats-Eisenbahn-Bau erforderlichen Mittel anlehensweise den Betrag von einer halben Million Thaler zu $4\frac{1}{2}$ Procent aufzunehmen, von denen jährlich, vom Jahre 1850 an, mindestens 50,000 Thlr. durch Verloosung zurückgezahlt werden. Der Laudemialfonds leistet für das Darlehen durch Zurückhaltung einer entsprechenden Summe von Ablösungsgeldern Sicherheit. Der Entwurf wurde in erster Berathung mit unbedeutenden Abänderungen angenommen und sodann noch die weitere Proposition der Regierung, zur Beschaffung dieses Darlehens die Zahlung einer Provision von $\frac{1}{2}$ Procent zu bewilligen, genehmigt. Eine Mittheilung des Finanzministeriums, die Kosten der Fruchtanstalten in den Nothjahren betreffend, wurde dem Budget-Ausschuß überwiesen und hierauf die Sitzung geschlossen.

√ **Mainz**, 22. Febr. Morgens 11 Uhr. Soeben ist die Bischofswahl beendet, und wird durch das Geläute der Glocken der Stadt verkündet. Herr Professor Dr. Schmidt in Gießen wurde mit großer Stimmenmehrheit zum Bischof von Mainz gewählt.

> **Mainz**, 22. Febr. Wegen Mangel an Raum im Theatergebäude, soll das Banket am 23. d. M. in der Fruchthalle, welche zu diesem Zwecke entsprechend eingerichtet wird, gehalten werden. Bis gestern Abend waren bei 1600 Karten gelöst.

Flensburg, 15. Febr. Durch ein Regierungsschreiben vom 11. d. M. ist die Communication zwischen Sundewitt und Alsen auf anderem Wege als per Sonderburger Fähre, sowie die Zufuhr von Victualien, Fleisch, Butter und anderen Lebensmitteln von dieser Seite nach Alsen verboten. Versuche der Ueberfahrt von Sundewitt nach Alsen an anderen Orten, als dem bezeichneten, werden nöthigenfalls mit den Waffen verhindert werden. Auf die Zufuhr von Lebensmitteln steht Confiscation der Waare und arbiträre Strafe. — Der constituirte Polizeimeister für Sundewitt 2c., Hr. Muderspach, macht bekannt, daß, wie die Zeitumstände es erheischen, die Polizeiaufsicht in jenem District verschärft werde und daß zu dem Zwecke eines bequemen Ausweises die Einwohner desselben von ihm mit Legitimationskarten versehen werden. (K. C.-Bl.)

Italien.

Mailand, 16. Febr. Die hiesige Zeitung von heute bezeichnet das Gerücht, daß Radetzky der Municipalität von Mailand anbefohlen habe, binnen 8 Tagen 2 Millionen zu zahlen, als Lüge. — Die Nachricht von der Proclamirung der Republik zu Rom hat hier einige Aufregung hervorgebracht. Man spricht wieder von Krieg und singt Verse von Aufpflanzung der Tricolorfahne. Es fanden einige Umzüge in den Straßen statt, wobei es aber wohl sein Bewenden haben wird.

Turin, 16. Febr. In der Abgeordnetenkammer wurden gestern Anfragen an die Regierung, ob sie die römische Republik anerkenne, und über die Schließung des Volksvereins in Genua durch die Tagesordnung beseitigt. — General Chrzanowski ist wirklich an Bavas Stelle mit della Marmora als Generalstabschef zum Oberbefehlshaber des königl. Heeres ernannt. — Gestern Abend zog in Turin viel Volks vor die Wohnung des magyarischen Sendlings Baron Spleny, um ihn zu der (grundlosen) Nachricht über das Wiedereinrücken der Magyaren in Pest zu beglückwünschen. Von da zogen sie vor den Palast des Staatssecretariats und riefen: „Es lebe der Krieg!" Der Minister Sineo rief: „Wir sind im Krieg gegen Oesterreich, und nimmer wird Friede werden, so lang noch ein Theil Italiens geknechtet ist!" Darauf donnernder Jubelruf.

Laut der „Concordia" sind den Herren Pinto und Spini, Repräsentanten des römischen Volkes bei der hiesigen Regierung, von Seite der letztern die Pässe zugestellt worden.

Florenz, 14. Febr. Die provisorische Regierung hat die Ausgabe von Schatzscheinen im Betrag von sechs Millionen Lire, zinstragend und mit Zwangscours, angeordnet und den Finanzminister ermächtigt, zum Verkauf (d. h. zur Verschleuderung) der zu ihrer Tilgung erforderlichen Staatsgüter zu schreiten. — In Lucca haben sich entschieden reactionäre Tendenzen kundgegeben. — Prof. Zanetti ist zum General der Nationalgarde ernannt.

Rom, 13. Febr. Unsere Costituente hat Mazzini einstimmig das Bürgerrecht der Stadt Rom geschenkt. Ferner hat sie beschlossen, die dem Klerus zugehörigen Immobilien nicht zu veräußern, sondern in Erbpachte zu verwandeln. Damit die Jesuiten sich nicht auf abgeschlossene Verkaufe berufen konnten, sollen keine seit dem 24. Nov. eingegangene Verträge berücksichtigt werden.

Neapel, 11. Febr. Der König scheint entschlossen, sein Ministerium behalten zu wollen; eher wird er die Kammern auflösen. Eine See-Expedition nach Palermo wird vorbereitet. — Aus Gaeta wird vom 10. d. gemeldet, daß in den letzten Tagen ein geheimes Consistorium gehalten worden sei, in welchem man beschlossen habe, offen die bewaffnete Intervention Oesterreichs, Frankreichs, Spaniens und Neapels zu Gunsten des Papstes anzurufen.

Frankreich.

** **Paris**, 20. Febr. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kam zunächst der Gesetzentwurf, die Erhöhung des Werthstempels bei collectiven Besitzthümern, wie Hospitalgütern und milden Stiftungen, zur dritten Berathung. Es wurde nach dem Antrage des Ausschusses eine Taxe von $62\frac{1}{2}$ Centimen für jeden Frank bewilligt. Hierauf legte Cremieux den Bericht des Ausschusses über den vom Ministerium eingebrachten Gesetzentwurf, die Schließung der Clubs betreffend, vor. Die Versammlung schritt sodann zur weitern Berathung des Wahlgesetzes. Unterbrochen wurde dieselbe durch die bereits gestern angezeigte Interpellation Ledru Rollin's wegen der italienischen Angelegenheiten. „Bürgerrepräsentanten," sagte Ledru Rollin, „ein ernstes Ereigniß hat sich auf der italienischen Halbinsel zugetragen. Dieses Ereigniß dürfte tiefe Spuren in der Geschichte zurücklassen. In Rom und Florenz ist die Republik proclamirt, der Papst von seiner weltlichen Herrschaft abgesetzt worden. Das sind Thatsachen, die jeden Freund der Freiheit mit Freude erfüllen." Diese Aeußerung wurde von der Linken mit lauten Acclamationen, mit dem Ruf: Es lebe die Republik! aufgenommen; die Rechte hingegen protestirte heftig und rief: Nein! Nein! „Ich wundere mich", fuhr Ledru, zur Rechten gewandt, fort „von dieser Seite Reclamationen zu vernehmen. Als vor acht Monaten die Monarchie bei uns fiel, riefen wir da nicht Alle: es lebe die Republik?" Der Redner frug darauf den Minister, welches Verfahren er gegen die italienische Republik zu beobachten gedenke, und ob es wahr sei, daß eine Flotte nach Italien ausgerüstet werde? Hierauf erwiederte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten unter dem Beifall eines großen Theils der Versammlung, daß die republikanische Regierung nicht Willens sei, sich an allen Insurrectionen, die in Europa ausbrechen, zu betheiligen. Der Papst sei kein gewöhnlicher Souverän; wenn er auch Oberhaupt eines kleinen Staates ist, so sei er doch vor Allem Oberhaupt der katholischen Welt, und alle großen Mächte, selbst die nichtkatholischen, hätten sich verpflichtet, die zwiefache Oberhoheit des Papstes zu schützen. Frankreich werde bei dieser Mission nicht fehlen; es werde die rechte Stunde benützen, seine Interessen zu Rathe ziehen, seine Mittel wählen. Diese Stunde und diese Mittel im Voraus kundzugeben, sei der Regierung aus Rücksichten der Vorsicht nicht gestattet. Ledru Rollin antwortete (wie die Juden, welche Jesus Christus auf den Calvarienberg führten, bemerkt ein Pariser Correspondent hierzu), die römische Constituante nähme ja alle Rücksichten für den Papst, sie achte ja das geistliche Oberhaupt. Der Papst werde ohne seine weltliche Macht viel größer und mächtiger sein. Nach längerer Discussion beantragte der Berg eine motivirte Tagesordnung, in welcher sich die Versammlung für die Befreiung Italiens aussprechen sollte. Er zog dieselbe jedoch wieder zurück, da er einsah, daß sie in keinem Fall angenommen werden würde.

Paris, 19. Febr. Wie man der „Karlsr. Ztg." von hier schreibt, ist die sardinisch-neapolitanische Intervention in Mittelitalien eine ausgemachte Sache. Karl Albert, der in dem wühlerischen Treiben zu Rom und Florenz eine naheliegende Gefahr für den eigenen Thron erblickt, hat sich entschlossen, sowohl die Regierung des Großherzogs von Toscana als die des Papstes wieder herzustellen. General de la Marmora ist mit 12,000 Mann piemontesischer Truppen aufgebrochen, und wird an der toscanischen Grenze die Botschaft abwarten, daß andererseits der König von Neapel von Terracina aus gegen Rom im Anmarsch ist. Frankreich und England sind mit dem Entschluß des Königs von Sardinien vollkommen einverstanden. Beide stimmen darin überein, weder die römische Republik, noch die provisorische Regierung von Toscana anzuerkennen, und ihre beiderseitigen Flotten werden längs der römischen und toscanischen Küsten aufgestellt bleiben, um der Intervention der beiden Landmächte um so größern Nachdruck zu geben.

Großbritannien.

London, 19. Febr. Der preußische Gesandte Bunsen ist in Begleitung des Herrn Sieveking von seiner Reise nach Berlin und Frankfurt vorgestern hierher zurückgekehrt. — Heute wurde an der Börse eine Herabsetzung des Zinsfußes der Schatzbillets auf $1\frac{1}{2}$ Pence täglich per 100 Pf. St. amtlich angekündigt. Man sieht hierin den Beweis, daß die Regierung zuversichtlich auf dauernde Besserung der Geldverhältnisse und des gesammten Verkehrs rechnet, weil sie sonst wahrscheinlich den Zinsfuß nicht unter zwei Pence herabgesetzt hätte. Man urtheilt nämlich an der Börse, daß es, die Wichtigkeit möglichster Ersparnisse zugegeben, dennoch unklug sein würde, solche Abänderungen zu treffen, so lange man nicht der Geld- und Handelsverhältnisse so gewiß sei, daß man die Nothwendigkeit einer baldigen Zurücknahme nicht zu fürchten habe. — Zu Glasgow sind vorgestern im Theater in Folge von Feuerlärm der durch Gasentzündung entstand, 64 Personen, fast sämmtlich Knaben von 14 bis 17 Jahren, die sich auf der obersten Galerie befanden, beim Hinunterrennen auf der engen Wendeltreppe, wo sie von den Nacheilenden niedergeworfen und unter die Füße getreten wurden, jämmerlich ums Leben gekommen. Das Feuer wurde sogleich gelöscht, ohne daß das Theater irgendwie Schaden erlitt. Das Unglück war einzig die Folge panischen Schreckens.

Nachschrift.

Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser haben gestern mehrere Stunden außer dem Bette zugebracht; die Nacht war noch durch Husten unterbrochen, jedoch genossen Se. kaiserl. Hoheit eine mehrstündige Ruhe.

Frankfurt, den 23. Februar 1849.

Dr. Taubes, kaiserlicher Rath.

Die Wiener Post vom 18. Februar klärt das Dunkel, das noch immer über Siebenbürgen liegt, nicht auf. Die Wiener Blätter enthalten aus dem unglücklichen Lande nur Berichte bis zu Ende Januars. Unsere siebenbürgischen Zeitungen sind uns schon geraume Zeit nicht mehr zugekommen. Aber Briefe aus der Moldau bis zum 10. Febr. versichern, nicht bloß die Sachsen und Walachen, sondern General Puchner selbst habe die Russen um Hilfe angesprochen, worauf am 31. Jan. 5000 Mann mit 20 Geschützen eingerückt seien, Kronstadt und Hermannstadt besetzt, und (am 4. Febr.) in Verbindung mit 2000 Siebenbürger-Romanen (Walachen) die Szekler bei Kronstadt geschlagen und über den Olt (die Aluta) gejagt hätten. Weitere russische Corps stehen an den Grenzen der Bukowina, Bessarabiens und in Podolien. Diese Briefe schließen mit der Nachschrift: „Puchner ist in Verfolgung Bems begriffen, der den Weg nach Clausenburg eingeschlagen, das seine Truppen schon vor vier Wochen eingenommen." Die nächsten Posten müssen den Zusammenhang dieser Dinge aufklären.

Aus **Wien**, **19.** Febr., schreibt man der „Deutschen Reform": Nach soeben eingehenden Briefen aus Jassy und Bukarest sind die russischen Truppen, die zwar bereits Ende v. M. die siebenbürgische Grenze überschritten hatten, aber auf Veranlassung des Generals Puchner das k. k. Gebiet wieder verlassen hatten, nun förmlich in Siebenbürgen, 8000 Mann stark, eingerückt, und haben Kronstadt und Hermannstadt besetzt. Bei ersterer Stadt soll es bereits zu einem Treffen mit den ungarischen Rebellen gekommen sein, worin die letzteren geschlagen und zerstreut wurden. Nähere und bestimmtere Nachrichten fehlen noch.

Die neuesten Briefe aus **München** zeigen, daß die Gerüchte sich erhalten, als wollten wirklich die bisherigen Minister — mit Ausnahme Beislers, für welchen Ringelmann einträte — bleiben, den Kammern ein Programm vorlegen, und falls dies verworfen würde, an das Land appelliren, d. h. neue Wahlen anordnen, welche aber schwerlich gefügigere Deputirte liefern würden. Morgen (2 tritt die zweite Kammer zusammen; da müssen die Zweifel sich lösen. (A. Z.)

Börsenberichte.

⚖ **Frankfurt**, 22. Febr. Die Stimmung war heute minder günstig. Verkäufer und nur wenige geneigte Käufer, die an Markt zum Vorschein kamen, drückten fast sämmtliche Course, namentlich waren Anlehensloose flau, und viele Sorten derselben zu merklich niedrigern Preisen als gestern zu erhalten. Von österreichischen Effecten blieben 5pCt. Met. $75\frac{1}{4}$ pCt., $2\frac{1}{2}$pCt. do. $39\frac{7}{8}$, $39\frac{3}{4}$ pCt., Wiener Bankactien 1196 fl., 500 fl. Loose $126\frac{3}{4}$, $126\frac{1}{2}$ pCt., 250 fl. Loose ohne Verkehr: 80 pCt. B. Kurhess. 40 Rthlr. Loose $27\frac{3}{8}$ Rthlr. Badische 35 fl. Loose $28\frac{1}{4}$ fl., do. 50 fl. Loose $49\frac{1}{2}$ fl., Darmstädter 25 fl. Loose $22\frac{1}{2}$ fl., ditto 50 fl. Loose ohne allen Umsatz, Nassauische 25 fl. Loose $20\frac{1}{2}$ fl., Sardinische Loose $28\frac{1}{2}$ Fr, Poln. 500 fl. Loose $75\frac{1}{8}$ Rthlr. Süddeutsche und belgische Obligationen ebenfalls minder fest im Cours Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $37\frac{3}{8}$ Rthlr., Berbach $74\frac{1}{8}$ pCt., Köln-Minden $79\frac{7}{8}$ pCt., Taunus 287 fl. Auch in 3pCt. inländ. Span. geschahen viele Verkäufe namentlich zur Gewinnstrealisation, wodurch benannte Fonds auch matter schlossen, $22\frac{3}{8}$ pCt. bleibt am Schluß der Börse Geld dafür. Von Wechseln läßt sich heute in sämmtlichen Devisen keine Coursveränderung mittheilen.

Berlin, 21. Febr. Staatsschuldscheine $80\frac{1}{4}$ etw. bez. u. Br., Seehandlungs-Prämienscheine $99\frac{1}{8}$ bez., Bankantheile $89\frac{1}{2}$ mehr. bez. u. Br. (ohne Div.), Berlin Hamburg 54 Br., Köln-Minden $78\frac{1}{4}$ zu machen, Friedrich-Wilhelms-Nordb. $37\frac{5}{12}$ bis $\frac{1}{4}$ bez., Rheinische $50\frac{1}{2}$ Br., Thüringische $50\frac{1}{2}$ Br., Russische 4pCt. bei Stieglitz $87\frac{3}{4}$ Br., Poln. 500 fl. Loose 75 Br.

Bei außerordentlicher Geschäftsstille waren die Course im Allgemeinen matter und zum Theil etwas niedriger.

Paris, 20. Febr. Stand der Rente: 5pCt. 81. 90. — 3pCt. 50. — Neue 82. — Neapol. 80. — Neue 3pCt. Span. 30. — Innere Schuld $22\frac{1}{2}$ G. — Bankactien 1970. — St. Germain-Eisenbahn 407. 50. — Versailles, rechtes Ufer 172. 50. — Linkes Ufer 140. — Paris-Orleans 800. — Paris-Rouen 515. — Orleans Bordeaux 411. 25. — Orleans-Vierzon 333. 75. — Rouen-Havre 335. — Marseille Avignon 180. — Straßburg-Basel 92. 50. — Nordbahn 441. 25. — Paris-Straßburg 350. — Römisches Anlehen 66, $65\frac{3}{4}$. 66.

In Folge einiger Angebote ging die Rente etwas herunter. Bank- und Eisenbahnactien sind hingegen gestiegen.

Madrid, 14. Febr. 3pCt. $21\frac{7}{8}$P., n. d. B. $21\frac{13}{16}$ G. — 5pCt. $10\frac{1}{4}$ Geld.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Malten.

Benachrichtigungen.

[494] Der Unterzeichnete wird die Ehre haben, auf vielseitiges Verlangen am Samstag den 24. Februar um 7 Uhr Abends im Weidenbuschsaale eine Production im **Kopf- und Schnellrechnen** zu geben, wozu ergebenst einladet

J. Dase.

Die Eintrittskarten sind bei Herrn Mevi, Gasthalter im Weidenbusch, zu 30 kr. bis Samstag Abends 6 Uhr zu erhalten, und an der Kasse Abends 6½ Uhr zu 36 kr.

Ankündigung.

Schweizerisches Bundesblatt.

In Folge der vom schweizerischen Bundesrathe getroffenen Anordnungen wird Samstag den 24. Februar nächsthin die erste Nummer des „Schweizerischen Bundesblattes" erscheinen. Dasselbe zerfällt in zwei Abtheilungen. Die erste enthält die Gesetze und Beschlüsse der Bundesversammlung, die Verhandlungen und Beschlüsse des Bundesrathes, die Entwürfe von Bundesgesetzen und Bundesbeschlüssen, officielle Mittheilungen der Bundesbehörden, die sich zur Veröffentlichung eignen, Wahlanzeigen u. s. f. In die zweite Abtheilung fallen die sogenannten Inserate oder vereinzelte Bekanntmachungen der Bundeskanzlei, der Staatskanzleien oder einzelner Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden der Kantone (z. B. Ausschreibungen, Edictalladungen u. s. w.); ferner etwaige Einrückungen von Gemeindebehörden und endlich die Inserate von Privatpersonen.

Das Bundesblatt erscheint wöchentlich wenigstens ein Mal, und zwar in der Regel am Samstage in einem oder mehreren Bogen 8., je nach dem vorhandenen Stoffe, und es werden vorerst die bisherigen Verhandlungen der Bundesbehörden nachgeliefert werden.

Der Preis des Abonnements beträgt für das laufende Jahr 1849 3 Schweizerfranken, wogegen das Blatt im Umfange der ganzen Eidgenossenschaft portofrei geliefert wird. Man abonnirt unter Vorausbezahlung auf ein Jahr, und ausschließlich bei dem nächstgelegenen Postbüreau. Hingegen sind alle Inserate von Kantons- und Gemeindebehörden und von Privatpersonen an die unterzeichnete Expedition und zwar, so wie alle an sie gerichtete Briefe, franco einzusenden. Die Insertionsgebühr (1 Bz. pr. Zeile oder deren Raum) wird durch Postnachnahme bezogen.

Wie das Bundesblatt bei seinem umfassenden Inhalte für Beamtete und Geschäftsleute, so wie für das ganze gewerbtreibende Publikum beinahe unentbehrlich ist, so kann es hinwieder niemanden entgehen, daß es bei der unzweifelhaften Verbreitung des Blattes in der ganzen Schweiz sich zur Aufnahme von Inseraten, welche die Behörden und Privatpersonen zur Kenntniß eines möglichst großen Publikums zu bringen wünschen, sich ganz vorzüglich eignet. Es ist daher kaum zu bezweifeln, daß sich das Bundesblatt sogleich bei seinem Erscheinen allgemeiner Theilnahme wird zu erfreuen haben.

Bern, im Februar 1849.

Die Expedition des schweizer. Bundesblattes.

[458] (Stämpfli'sche Buchdruckerei, Postgasse Nr. 44.)

[460] Bei Fr. Benj. Auffarth, Zeil Nr. 38 in Frankfurt a. M., ist zu haben:

Der mitteleuropäisch-deutsche

Staatenbund.

Von

Moritz Ritter von Ostrow.

Preis 24 kr.

[489] So eben ist erschienen und in allen Buchhandlungen, in Frankfurt a. M. in der **S. Schmerber**'schen Buchhandlung (Nachfolger **Heinrich Keller**) zu haben:

Das Zweikammersystem oder die Trinität des Staates. 36 kr.

Kiel, im Februar 1849.

Akademische Buchhandlung.

[403] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (durch Gebhard und Körber, Buchgasse Nr. 6 in Frankfurt) zu beziehen:

Englmann, Dr. J. B. A., von den Charismen im Allgemeinen und von dem Sprachen-Charisma im Besonderen; oder historisch-exegetische Abhandlung über 1. Kor. 12—14. Eine gekrönte Preisschrift. gr. 8. 2 fl. 24 kr. od. 1 Thlr 12 gr.

Roselly de Lorgues, das Kreuz in den beiden Welten. Oder: Der Schlüssel der Erkenntniß. Nach der zweiten Auflage aus dem Französischen übersetzt von Karl Koch. 8. geh. 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 12 gr.

Zarbl, Domprobst J. B., Predigtentwürfe auf alle Sonn- und Festtage des Kirchenjahres. 2r Bd. 3r und 4r Jahrg. gr. 8. geh. 3 fl. 12 kr. oder 2 Thlr. (1r Bd. 1r u. 2r Jahrg. hat gleichen Preis.)

[464] Da die Glashäuser des Herzoglichen Parks zu Biebrich wegen verschiedener darin vorzunehmenden Arbeiten bis auf weitere Bestimmung nur an jedem

Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag

und zwar von Mittags 1 Uhr bis Nachmittags 5 Uhr dem Publikum geöffnet werden können, so wird dieses hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, mit dem Bemerken jedoch, daß an einzelne Fremde und Durchreisende auch an andern Tagen Einlaßkarten durch den Herrn Garteninspector Thelemann zu Biebrich abgegeben werden.

Wiesbaden, den 17. Februar 1849.

Herzogl. Nass. Hofmarschallstab.

[276] **Aufforderung.**

Gräflich Anton Waldstein-Wartembergische Anleihe von 20fl. 1,700,000 betreffend.

Nachdem die Berichtigung der Zinsen und der zur Rückzahlung bestimmten Obligationen aus dem im Jahr 1840 durch das Haus Steiner u. Comp. in Wien negociirten Gräfl. A. Waldstein-Wartembergischen 4pCt. Anlehen von ursprünglich 20fl. 1,700 000 schon seit mehreren Terminen im Rückstande geblieben ist, so hat eine namhafte Zahl von Inhabern dieser Partialobligationen den Unterzeichneten veranlaßt und bevollmächtiget, ihr Interesse, dem Schuldner gegenüber, zu vertreten, sich erforderlichen Falls an Ort und Stelle zu begeben und sowohl gerichtlich als außergerichtlich diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche am geeignetsten sein möchten, die Erfüllung der obligationsmäßigen Verpflichtungen herbeizuführen.

Diejenigen Inhaber von Gräflich Waldstein-Wartembergischen Partialobligationen, welche sich der vorerwähnten gemeinschaftlichen Vertretung ihrer Interessen noch anzuschließen wünschen, werden daher hierdurch aufgefordert, dem Unterzeichneten solches, unter Angabe ihrer Obligationen nach Nummern und Beträgen, kund zu geben, worauf ihnen eine entsprechende Vollmacht zur Vollziehung zugefertigt werden wird.

Frankfurt a. M., den 30. Januar 1849.

Dr. **von Guaita.**

Einladung zur Subscription.

[435] Im Monat März wird erscheinen:

Friedrich Wilhelm IV.

im Krönungs-Ornate, in der Hand die Verfassung und den Palmzweig haltend.

Nach dem Urtheile hiesiger Künstler und Sachkenner ist die Ausführung der Statue von 2 Fuß Höhe gut gelungen. Da dieselbe in weißen Porzellainthon angefertigt und ausgebrannt ist, so kann solche nicht nur im Zimmer, sondern auch im Garten aufgestellt werden.

Der Subscriptionspreis ist für:

1) Pracht-Exemplare, fein vergoldet . Thlr. 10.
2) Exemplare in Goldbronze . . . „ 6.
3) ditto in grüner Bronze . . „ 5.
4) ditto ganz weiß . . . . . „ 4.
5) Emballage für Auswärtige . . . Sgr. 15.

Die Versendung geschieht nach der Reihenfolge der Einzeichnung, weßhalb ich mir die Aufträge baldigst einzusenden bitte.

Diejenigen, welche Subscribenten sammeln wollen, belieben mir ihre Anträge franco einzusenden.

Düsseldorf, am 5. Februar 1849.

Gustav Braumüller.

[476] **Ankündigung.**

Von Seite der k. k. österreichischen Militär-Verpflegungs-Verwaltung werden am 6. März 1849, um 10 Uhr Vormittags, in der k. k. Amtskanzlei am Ballplatz im vormaligen Agnesen-Kloster-Gebäude F 330 und 331 nachstehende Artikel an den Mindestfordernden zur ratenweisen Einlieferung unter Vorbehalt der höhern Genehmigung überlassen, und zwar:

4967 niederösterreichische Metzen buchene Holzkohlen,
1010 „ „ Pfund Unschlittlichter,
1526 „ „ Maas Brennöl,
20 „ „ Pfund ordinäre Lampendochte und
63 Stück gestrickte Lampendochte.

Die dießfälligen Offerten sind mit M. V. M. bezeichnet längstens bis Montag den 5. März 1849, Abends 6 Uhr, in der obenerwähnten Amtskanzlei versiegelt einzureichen, woselbst auch die Bedingnisse täglich eingesehen werden können.

Am Versteigerungstage hat jeder Offerent vor der Verhandlung 10 Procent des Werthes der angebotenen Artikel nach dem Anbotpreise berechnet, als Caution in baarem Gelde und zwar in k. k. österreichischem Silbergelde, Kronenthalern, 2 fl., 1 fl. und 30-Kreuzerstücken, oder in k. k. österreichischen Metallique-Obligationen zu erlegen.

Offerten nach Verlauf des bestimmten Termins werden eben so wenig als Nachgebote nach der Verhandlung angenommen, sondern unberücksichtigt zurückgewiesen werden.

Von der k. k. österr. Verpflegs-Verwaltung
zu Mainz, den 19. Februar 1849.

[497] **115. Frankfurter Stadt-Lotterie,**

Hauptziehung 5r und 6r Klasse
am 7. und 31. März a. c.

Ganze und getheilte Loose zu den bekannten Preisen zu beziehen bei

Gebrüder Stiebel, Hauptcollecteurs zu Frankfurt a. M.

Neuestes Frankfurter Kochbuch,

herausgegeben von

W. Schünemann,

ehemaligem erstem Koch im Gasthof zum „weißen Schwan" in Frankfurt a. M.

Zweite verbesserte und vermehrte Auflage.

Dasselbe enthält in 42 Abschnitten mehr als anderthalb Tausend Kochvorschriften für herrschaftliche, Gasthofs- und Privat-Küchen, und ist mit einer ausführlichen Einleitung versehen über Eintheilung der Küche und Speisekammer, Aufbewahrung der Ingredienzien, über die Annahme von Maaß und Gewicht, über das Anrichten der Speisen, das Dressiren und Spicken des Geflügels und der Braten, das Garnieren der Schüsseln und das Anordnen von Speisezetteln. In einem Anhange werden die Vorschriften über das Tranchiren mitgetheilt.

Wenn diese zweite Auflage im Allgemeinen um 143 neue Vorschriften verstärkt wurde, und im besondern das für jeden Haushalt wichtige Einmachen von Gemüsen und Fleischen in hermetisch verschlossenen Büchsen Aufnahme fand, so ist doch der Ladenpreis derselbe geblieben, und wird die zweite Auflage des Kochbuchs nach wie vor durch jede Buchhandlung zu 2 fl. 42 kr. oder 1 Rthlr. 15 Sgr. bezogen.

[378] **J. D. Sauerländer's Verlag.**

Sichere, billige und directe Reisegelegenheit nach Californien.

Packetschiffahrt

von

Bremen nach San Franzisko

empfehlen allen Reisenden dahin und bemerken, daß als erstes Schiff unser Dreimaster

Talismann, Capitän A. Horstmann,

bestimmt gegen den 15. März von hier dahin absegelt, dann folgt Ende März

Reforme, Capitän W. Hattendorff,
Express, Capitän H. Christoffer,
Matadore, Capitän St. Balleer,

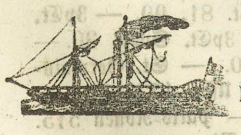
und andere sämmtlich obrigkeitlich gut erklärt. Der Ueberfahrtspreis

im Zwischendeck ist 125 Thaler Gold,
in der Cajüte . . 200 „ „ } inclusive Beköstigung.

Bremen, 9. Februar 1849.

Heydorn & Co.,
Rheder der Packetschiffe nach San Francisco.

Agent: **J. P. Reuter** in Frankfurt am Main. [411]



Niederländische Dampfschiffe.

In directer Correspondenz mit dem um 8 Uhr abgehenden Eisenbahnzug. Abfahrt von **Mainz** um 9½ Uhr Morgens, vorläufig

jeden Dienstag, Donnerstag, Samstag

nach **Koblenz, Köln, Düsseldorf** und **Rotterdam**,

jeden Samstag vermittelst des „Battaviers" nach **London**.

Personen-Billette zu sehr ermäßigten Preisen, Güter und Geldsendungen werden auf's prompteste befördert.

Der Agent **C. L. Beyschlag,**
im Wolfs-Eck am Paradeplatz.

[488]

Reisegelegenheit

von Hamburg nach Rio de Janeiro.

Das schöne schnellsegelnde kupferbodene Hamburger Schiff **Merck**, Capt. Valentin, fährt ab den 15. März

Passagepreise: Erste Cajüte . . Thlr. 150 Pr. Crt.
Zwischendeck . . „ 50 „ „

Nähere Auskunft ertheilen:

in Hamburg **Aug. Bolten**, Wm. Miller's Nachfolger,
in Frankfurt am Main **J. H. Stilgebauer**, Buchgasse Nr. 5. [493]

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustteig von **Georgé** in Epinal, wofür derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brusthellmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor Schott, große Sandgasse, zu haben. [269]

[461] In der Nähe des neuen Taunus-Thores, schönste Lage vor der Stadt, sind mehrere möblirte Zimmer zu vermiethen. F. G. Nr. 17.

Zu vermiethen und Anfangs April zu beziehen:

Auf dem schönsten Theile der Zeil eine große Wohnung im 2. Stocke von 8—12 Zimmern, worunter 1 Salon 2c., mit Gartenvergnügen und sonstigen Bequemlichkeiten, mit oder ohne Stallung für mehrere Pferde und Remise. [418]

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[341] Edictalladung.

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß der verstorbenen Ehefrau des hiesigen Bürgers und Schuhmachermeisters Johann Heinrich Schmidt, Anna Maria, vorher verehelichten Senckler, Bessier und Laechler, geb. Scheer, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theil auswärts wohnenden Testamentserben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 2. Februar 1849

Stadt-Gericht II.
Senator Dr. Böhmer.
Dr. Eysen, 1r. Secr.

[340] Edictalladung.

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Bürgerssohnes Lazarus Löb Wetzlar Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als ansonsten dieser Nachlaß an die aufgetretenen zum Theile auswärts wohnenden Intestaterben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 2. Februar 1849.

Stadt-Gerichtll.
Senator Dr. Böhmer.
Dr. Eysen, 1r Secr.

[427] Edictalladung.

Nachdem über das Vermögen des Wilhelm Mack, Müller von Rennerod, der Concursprozeß erkannt und das Erkenntniß rechtskräftig geworden ist, so wird zur Geltendmachung persönlicher und dinglicher Ansprüche Termin auf

Dienstag den 13. März l. J., Morgens 8 Uhr,

bei Vermeidung des Ausschließens von der vorhandenen Masse anberaumt.

Rennerod, den 8. Februar 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Steinebach.

[428] Nachdem der Schlossermeister Heinrich Kirchhof von hier die Ueberschuldung seines Vermögens angezeigt hat, so ist zur summarischen Schuldenliquidation und möglichster Richtigstellung, sowie zum Güteversuch und hülfsweise Wahl eines Gläubiger-Ausschusses und Curators, als welcher inmittelst der Vergantungsschreiber Pfadt von hier bestellt worden, auf den 12. k. M. bestimmt. Es werden daher sämmtliche Gläubiger des Gemeinschuldners hiermit aufgefordert, in jenem Termin ihre Forderungen entweder in Person oder durch einen gehörig legitimirten auch zum Vergleichsabschlusse ermächtigten Vertreter anzumelden und bei den weiter vorzunehmenden Handlungen mitzuwirken, widrigenfalls die nichterschienenen Gläubiger als dem Beschlusse der Mehrzahl der erschienenen beitretend angenommen werden.

Hanau, den 9. Februar 1849.

Kurfürstliches Landgericht.
Giller.
vdt. Kahler.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)